eine Stelle

in einer Geschäftsstelle bzw. Serviceeinheit (m/w/d)

befristet bis 12. Januar 2027 als Elternzeitvertretung zu besetzen.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Bewerber/innen mit einer abgeschlossenen Ausbildung zur/zum Justizfachangestellten, zur/zum Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten oder mit erfolgreich bestandener Prüfung zur/zum Justizfachwirt/in.

Das Aufgabengebiet umfasst alle anfallenden Aufgaben, die nach Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Geschäftsstelle bzw. einer Serviceeinheit bei einer Staatsanwaltschaft obliegen bzw. im Interesse des Geschäftsbetriebes übertragen werden können.

Hierzu gehören insbesondere

- das EDV-gestützte Anlegen und Führen von Strafakten sowie die Verwaltung des Schriftguts,
- die Vorlage von Akten und Posteingängen an die zuständigen Bearbeiter,
- die Fertigung von Schreibwerk,
- die Fristenberechnung und -überwachung,
- die Zahlungsüberwachung,
- die Erteilung von Sachstandsauskünften und
- die Aufnahme von Anträgen einfacher Art zu Protokoll der Geschäftsstelle.

Unser Interesse gilt Bewerberinnen und Bewerbern mit

- sicherem Umgang mit den MS-Office-Anwendungen ab Version 2010 (Word, Excel, Outlook),
- Affinität zur IT-Technik und zu modernen Bürokommunikationsmitteln,
- guten schreibtechnischen Fähigkeiten (es erfolgt die Abnahme eines Schreibtestes),
- sicherem mündlichem und schriftlichem Ausdrucksvermögen,
- der Fähigkeit und Bereitschaft, sich schnell und gründlich in neue Aufgabengebiete einzuarbeiten,

- hohem Maß an Sorgfalt, Verantwortungsbewusstsein, Zuverlässigkeit, und überdurchschnittlicher Leistungsfähigkeit sowie hoher Belastbarkeit.
- guten organisatorischen und kommunikativen Fähigkeiten sowie die Eignung sich in ein bestehendes Team zu integrieren.
- freundlichem, sicherem und gewandtem Auftreten sowie höflichen Umgangsformen und
- Bereitschaft, zur Gestaltung der Arbeitszeit nach dienstlichem Bedarf.

Die Eingruppierung erfolgt nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) und der Entgeltordnung zum TV-L.

Die Stelle ist - bei Vorliegen der persönlichen und tariflichen Voraussetzungen - nach Entgeltgruppe 9 a bewertet. Die Arbeitszeit beträgt in Vollzeit 40 Stunden und verteilt sich auf 5 Tage pro Woche.

Die Bewerberauswahl erfolgt unabhängig von Geschlecht, Behinderung, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion/Weltanschauung, Alter sowie sexueller Orientierung und Identität. Die Tätigkeit ist grundsätzlich für Teilzeitbeschäftigte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, erfolgt die Prüfung der Teilzeitwünsche im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Die Staatsanwaltschaft Potsdam strebt in allen Beschäftigtengruppen eine ausgewogene Geschlechterrelation an.

Das Aufgabengebiet ist für schwerbehinderte oder ihnen gleichgestellte Menschen grundsätzlich geeignet. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung und Qualifikation bevorzugt berücksichtigt. Zur Wahrung der Interessen ist der Bewerbung ein Nachweis der Schwerbehinderung oder Gleichstellung beizufügen.

Wir bieten

- ein befristetes Beschäftigungsverhältnis
- eine interessante und abwechslungsreiche T\u00e4tigkeit bei einem zuverl\u00e4ssigen, krisensicheren und wertsch\u00e4tzenden Arbeitgeber,
- eine flexible Arbeitszeitgestaltung,
- eine begleitende Einarbeitung in das Aufgabengebiet,
- vermögenswirksame Leistungen,
- eine Betriebsrente (VBL),

- jährliche Sonderzahlungen,
- Unterstützung Ihrer Mobilität mit dem VBB-Firmenticket bzw. dem Deutschlandticket Job,
- vielfältige Angebote im Rahmen des bestehenden Gesundheitsmanagements,
- einen attraktiven Standort in der Landeshauptstadt Potsdam, der mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist,
- ein modernes, gut ausgestattetes Arbeitsumfeld und
- 30 Tage Erholungsurlaub im Kalenderjahr sowie bezahlte Freistellung am 24.12. und 31.12.

Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, ihre Bewerbung mit den üblichen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis zum <u>7. November 2025</u> zu richten:

An den

Leitenden Oberstaatsanwalt

z.Hd. Justizoberamtsrätin Scheurell

Kennwort "Befristung"

Postfach 60 13 55

14413 Potsdam

oder per E-Mail in einer zusammengefassten Datei im pdf-Format mit einer Größe von maximal 5 MB an

ausschreibung@pd.sta.brandenburg.de.

Wir erheben und verarbeiten personenbezogenen Daten gemäß § 26 BbgDSG zweckgebunden für die Besetzung der o.a. Stelle. Diese Daten werden an die mit der Durchführung des Stellenbesetzungsverfahrens beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft Potsdam weitergegeben. Eine darüberhinausgehende Nutzung oder Weitergabe der Bewerbungsdaten an Dritte erfolgt nicht.

Bewerberinnen und Bewerber, welche bereits im öffentlichen Dienst tätig sind, fügen der Bewerbung bitte unter Angabe der personalaktenführenden Dienststelle eine Einverständniserklärung zur Einsichtnahme in ihre Personalakte bei.

Die Bewerbungsunterlagen werden nur zurückgesandt, wenn ein ausreichend frankierter Rückumschlag beigefügt ist. Anderenfalls erklärt sich die Bewerberin / der Bewerber damit einverstanden, dass die Bewerbungsunterlagen auch im Falle einer erfolglosen Bewerbung

für die Dauer von zwei Monaten nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens aufbewahrt und anschließend nach den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes vernichtet werden.

Eine Zusendung von Eingangsbestätigungen und Zwischennachrichten ist nicht vorgesehen. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass eine Kostenerstattung für Auslagen/Reisekosten im Rahmen des Bewerbungsverfahrens nicht möglich ist.